

EU-Haushaltskompromiss

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedländern haben sich nach fünftägigen Verhandlungen endlich auf einen EU-Haushaltsentwurf einigen können. Dieser Kompromiss sieht ein insgesamtes EU-Budget in der Höhe von gut 1.800 Milliarden Euro vor. Davon sind 1.074 Milliarden Euro für den regulären EU-Haushalt von 2021 bis 2027 vorgesehen. Deutschland beteiligt sich jährlich mit brutto 40 Milliarden an dem Haushalt. Das sind 10 Milliarden pro Jahr mehr als in der Haushaltsperiode zuvor.^{1 2} Die höheren deutschen Zahlungen sind u.a. auf den Brexit zurückzuführen, da mit Großbritannien ein Beitragszahler fehlt.³

Zusätzlich zum regulären EU-Haushalt haben sich die EU-Staaten auf einen Corona-Wiederaufbaufonds mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro geeinigt. Finanziert wird der Fonds durch die Aufnahme von gemeinsamen Schulden.⁴ Die 750 Hilfsmilliarden teilen sich in 360 Milliarden Euro Kredite und 390 Milliarden Euro Zuschüsse auf. Die 360 Milliarden Euro Kredite müssen also von den Empfängerländern zurückgezahlt werden, die 390 Milliarden Euro an Zuschüssen hingegen nicht. Österreich und die Niederland hatten sich dafür eingesetzt, dass das Volumen der nicht-zurückzuzahlenden Zuschüsse von 500 auf die besagte 390 Milliarden Euro verringert wird.⁵

Der EU-Haushalt wird auf Grund seiner fehlenden Sanktionsmöglichkeiten gegen Länder mit Rechtsstaatlichkeitsverletzungen kritisiert. Die EU-Kommission hatte vor den Verhandlungen bereits einen Mechanismus ausgearbeitet, mit dem Länder wie Polen oder Ungarn bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit finanziell bestraft werden können. Dieser Mechanismus ist in dem Kompromiss nicht enthalten. Vielmehr sollen die 27 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat über eine Verordnung abstimmen. Diese Verordnung beinhaltet zwar besagten Mechanismus, allerdings ist die Mehrheitsanforderung für das Verabschieden der Verordnung sehr hoch.⁶

Nun müssen noch die nationalen und das Europäische Parlament zustimmen. Letzteres hat bereits Nachbesserungsbedarf angekündigt. Ein Kritikpunkt sind die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten bei Rechtsstaatlichkeitsverstößen. Außerdem kritisiert das Parlament Kürzungen in den Bereichen Forschung, Klimaschutz, ERASMUS und Migration.^{7 8}

¹ <https://www.wiwo.de/politik/europa/eu-kompromiss-zu-corona-paket-deutschland-zahlt-mehr/26025586.html>

² <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/eu-gipfel-bruessel-einigung-naechster-integrationsschritt>

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ergebnisse-des-eu-gipfels-hilfen-und-gemeinsame-schulden-16869831.html>

⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/finanzierung-corona-paket-und-billionen-haushalt-was-der-eu-gipfel-genau-beschlossen-hat/26025198.html>

⁵ <https://www.tagesschau.de/ausland/nach-einigung-eu-gipfel-101.html>

⁶ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-zum-rechtsstaat-eu-laesst-ihre-autokraten-davonkommen-a-ebd50203-d91e-4af6-90e9-537b2e717ff6>

⁷ <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-haushalt-parlament-gipfel-1.4976405>

⁸ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/david-sassoli-eu-parlamentspraesident-will-bei-kuerzungen-im-haushalt-nachverhandeln/26027092.html>